

**Rede
des Fraktionssprechers für Rechts- und Verfassungsfragen**

Ulf Prange, MdL

zu TOP Nr. 8

Erste Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Demokratie
und des bürgerschaftlichen Engagements, zur
Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung und
zur Änderung des Niedersächsischen
Erwachsenenbildungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - Drs. 19/11731

während der Plenarsitzung vom 07.10.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wir erleben eine zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft, wir erleben Desinformationen und Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Rassismus, Rechtsextremismus und andere Formen des Extremismus, und wir erleben, dass Menschen, die sich für unsere Demokratie einsetzen, angegriffen, bedroht und eingeschüchtert werden. Antidemokratische Narrative werden durch gesellschaftliche Verunsicherung und durch digitale Kommunikationsräume begünstigt, Falschinformationen können sich schnell verbreiten, Radikalisierungsprozesse können beschleunigt werden, und extremistische Einstellungen können an gesellschaftliche Debatten anschlussfähig werden. - So beschreibt der Niedersächsische Demokratie-Monitor 2025 die Situation in unserem Bundesland. Er spricht von einer schleichenden Erosion des demokratischen Rückhalts.

Liebe Frau Machulla, Sie haben den Ernst der Lage offenbar nicht erkannt.

Ihre Einlassungen zu diesem Gesetz machen mich ein Stück weit fassungslos. Sie verkennen diese gesellschaftliche Realität völlig und verbeißen sich in einzelne Punkte. Damit lassen sich die gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht lösen.

Demokratie stärkt man nicht nur, indem man sie gegen ihre Feinde verteidigt, sondern auch dadurch, dass man diejenigen stärkt, die sie jeden Tag leben. Und genau deshalb sprechen wir über demokratische Resilienz.

Diese Resilienz entsteht nicht allein durch staatliche Institutionen und schon gar nicht allein durch Ge-setze. Sie lebt von den vielen Menschen, die sich jeden Tag für unsere Demokratie engagieren: in Vereinen und Verbänden, in Initiativen und Projekten, in Bildungseinrichtungen und Beratungsstellen, im Ehrenamt und in vielen weiteren Einrichtungen unserer Zivilgesellschaft. Sie schaffen Räume für Begegnung und Beteiligung, sie vermitteln demokratische Werte, sie unterstützen Menschen, die Diskriminierung oder Ausgrenzung erfahren, und sie widersprechen dort, wo Menschenfeindlichkeit und Extremismus beginnen.

Diese demokratische Resilienz unseres Landes hängt ganz wesentlich von einer starken und handlungsfähigen Zivilgesellschaft ab, und genau an dieser Stelle setzt dieses Gesetz an.

Mit dem Demokratiefördergesetz schaffen wir erst-malig einen gesetzlichen Rahmen, der Strukturen der Demokratieförderung, der politischen Bildung, der Extremismusprävention, des bürgerlichen Engagements, der Erinnerungsarbeit und des Diskriminierungsschutzes zusammenführt und dauerhaft absichert. Es geht nicht um einzelne Institutionen oder Einrichtungen, sondern es geht um die Gesamtheit einer Struktur - die sich natürlich auch ändern kann. Ein Verein XY hat nicht die Garantie, dauerhaft gefördert zu werden, sondern es wird die Aufgabe abgesichert.

Das haben Sie, glaube ich, dem Entwurf nicht entnommen, aber das ist der entscheidende Punkt.

Es geht darum, Strukturen, die sich bewährt haben - das sind ja keine Strukturen, die wir heute erfinden oder auf den Weg bringen, sondern das sind Strukturen, die seit vielen Jahren erfolgreich funktionieren -, abzusichern. Den Menschen, die dort arbeiten und sich engagieren, geben wir das klare Signal: Demokratieförderung ist keine Aufgabe auf Widerruf, sie ist eine dauerhafte öffentliche Aufgabe. Das ist die entscheidende Aussage dieses Gesetzes.

Es geht eben nicht nur um gesetzliche Absicherung, es geht auch um finanzielle Verlässlichkeit, und bei-dem denken wir zusammen. Sie haben die Landeszentrale für politische Bildung angesprochen. Sie wird mit dem Gesetz jetzt gesetzlich abgesichert. Das ist gut und überfällig, auch mit dem Blick auf Sachsen-Anhalt; Kollege Lühmann hat es angesprochen. Mit dem aktuellen Haushalt haben wir aber noch viel mehr getan: Wir haben die Mittel deutlich aufgestockt und damit diese wichtige Institution für Demokratie in ihrer Arbeit gestärkt.

Aber wir haben nicht nur dort angesetzt, sondern wir stärken mit dem aktuellen Haushalt auch die Erwachsenenbildung. Das ist eine positive Entwicklung, mit der wir die Menschen, die lebenslanges Lernen ermöglichen und die sich auch immer wieder mit gesellschaftlichen Entwicklungen auseinanderzusetzen, unterstützen, mit der wir dafür sorgen, dass wir in diesem Bereich gute Bildungsangebote für die Menschen haben.

Mit dem aktuellen Doppelhaushalt stellt die Landesregierung 6 Millionen Euro zur Verfügung - Mittel, die dafür genutzt werden, dass Beratungsangebote, Unterstützungsangebote und Präventionsarbeit verlässlich weitergehen können.

Ich will betonen, dass wir mit diesem Gesetz viele Institutionen absichern, auch die Koordinierungsstelle für Ehrenamt und Engagement. Das ist ganz wichtig, und es ist auch neu, solch eine Struktur gesetzlich abzusichern. Wir leisten hier wichtige Pionierarbeit, um Unterstützungsangebote zu haben, aber auch, um eine Struktur zu haben, die die Interessen des Ehrenamtes gegenüber Politik, Landesregierung, Kommunen usw. vertritt.

Die Erwachsenenbildung hatte ich schon genannt. Daneben möchte ich noch die Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit nennen: Auch sie wird abgesichert. Das ist ganz wichtig, weil wir aus der Geschichte lernen müssen.

Und wir haben die Beauftragten für die unterschiedlichen Bereiche - ich will sie nicht wiederholen; Herr Lühmann hat sie alle aufgezählt -, die Erfahrungen von Betroffenen in staatliches Handeln einbringen. Sie schaffen Öffentlichkeit für diese Themen und geben Menschen eine Stimme. Mit ihnen arbeiten hier in Niedersachsen ganz wichtige Multiplikatoren.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir die Förderung und die Förderverfahren in zwei Punkten umstellen. Wir wollen mehr Planungssicherheit - das ist die Überschrift. Die schaffen wir dadurch, dass wir die Förderpraxis ändern - sodass engagierte Träger nicht Jahr für Jahr bangen müssen, ob sie ihre erfolgreiche Arbeit fortführen können - und auch die Förderzeiträume anpassen, damit eine Entscheidung so frühzeitig erfolgt, dass man als Trägerverein bzw. Einrichtung darauf auch reagieren kann. Das ist entscheidend, um Fachkräfte und Wissen in diesen Strukturen und Einrichtungen zu halten. Planungssicherheit ist kein Selbstzweck, sondern die Voraussetzung für eine gute und nachhaltige Demokratieförderung.

Wir haben einen weiteren Punkt: den Diskriminierungsschutz. Ja, es gibt eine Schutzlücke zwischen dem AGG auf Bundesebene und dem Landesrecht. Hier gehen wir einen wichtigen neuen Schritt für das Land: Wer Diskriminierung erfährt, muss sich darauf verlassen können, dass der demokratische Rechtsstaat wirksamen Schutz bietet.

Dabei hilft, was wir vom Bund mit der Verbandsklage kennen, was aber auch in Österreich sehr gut funktioniert - mit dem sogenannten Klagsverband, mit dem wir uns ausgetauscht haben. Nicht jeder Mensch, der Diskriminierung erlebt, kann oder will einen Rechtsstreit alleine führen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir eine Struktur schaffen, mit der es dann möglich ist, dass ein Verband - mit den Ressourcen eines Verbandes - Fälle von struktureller Diskriminierung in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen benennt und vor Gericht bringt. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Beitrag, um Diskriminierung in diesem Land zu begegnen. Denn Rechte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sie müssen auch wirksam durchgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, und sie hält sich nicht von selbst. Sie braucht starke Institutionen, sie braucht politische Bildung und historische Erinnerung, sie braucht Prävention und Schutz vor Diskriminierung. Aber vor allem braucht sie Menschen: Menschen, die sich einmischen, Menschen, die Verantwortung übernehmen, Menschen, die sich in Vereinen, Initiativen und Einrichtungen engagieren, Menschen, die anderen helfen; Menschen, die widersprechen, wenn andere ausgegrenzt werden, und Menschen, die unsere demokratische Gesellschaft jeden Tag mitgestalten. Diese Menschen machen unsere Demokratie resilient.

Damit schließe ich. Ich freue mich auf die Ausschussberatung.